

Reviews / Rezensionen

ELMER, Sara / KUHN, Konrad J. / SPEICH CHASSÉ, Daniel (Hg.). 2014. Handlungsfeld Entwicklung. Schweizer Erwartungen und Erfahrungen in der Geschichte der Entwicklungsarbeit. Basel: Schwabe. 319 S. ISBN 978-3-7965-2949-8.

rezensiert von

Eric Burton, Universität Wien

Die Erforschung von „Entwicklung“ aus historischer Perspektive hat Konjunktur. Konferenzen führ(t)en dabei zur Herausgabe von Werken, die sich dem Thema aus globalgeschichtlicher Perspektive zu nähern versuchenⁱ oder Kontinuitäten und Brüche zwischen kolonialen und postkolonialen Entwicklungsdispositiven aufspüren wollenⁱⁱ. Ein nunmehr im Schwabe-Verlag vorgelegter Sammelband geht aus einem Symposium hervor, das am 28. Oktober 2011 an der ETH Zürich stattfand. „Handlungsfeld Entwicklung“, herausgegeben von Sara Elmer, Konrad J. Kuhn und Daniel Speich Chassé, sieht sich als Teil einer dynamischen Forschungslandschaft und will als Momentaufnahme derselben verstanden werden (S. 12). Bereits im Vorwort ist die Rede von noch „brachliegenden“ Quellen, die für die Historiographie der Entwicklungsarbeit nutzbar gemacht werden könnten. In der Nutzbarmachung dieser Quellen beschränken sich die Autor/inn/en auf die Historiographie der *Schweizer* Entwicklungsarbeit, während methodisch durchaus ambitioniert vorgegangen wird.

Im Gegensatz zum Großteil der bisherigen Veröffentlichungen über die Geschichte der Schweizer Entwicklungsarbeitⁱⁱⁱ ist der Ansatz in vielen der Beiträge ein dezidiert mikrohistorischer. Im Fokus stehen konkrete Akteurinnen und Akteure, die, so eine sich durch die Beiträge des Bandes ziehende Grundannahme, das (allgemein anerkannte) Problem der globalen Ungleichheit aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen

Interessenslagen angehen wollten. Das „Handlungsfeld Entwicklung“ wird dann als eine Aushandlungszone in den Blick genommen. Eine zweite Grundannahme des Buches besagt, dass die Schweizer Geschichte und damit auch ihre Entwicklungsdiskurse und -praktiken in hohem Maße mit globalen Sachverhalten verflochten sind – eine heutzutage viel verwendete Redensart, die sich in den Beiträgen aber nur in Details konkretisiert. Einen weiteren Ausgangspunkt bildet die Post Development-Kritik, deren kritische Haltung gegenüber Entwicklung genauso wie eine starke Beachtung von Machtfragen geteilt wird. Entgegen dieser Kritik, die Entwicklung und westliche Dominanz gleichsetzt, würden die Beiträge aber einen anderen Schluss erlauben: „Das zu beschreibende Handlungsfeld war offen und mitgeprägt von der Handlungsmacht jener staatlichen und individuellen Akteure, die im leitenden Diskurs der Entwicklungszusammenarbeit bis heute vielleicht noch immer zu oft auf die Rolle von passiven Empfängerinnen und Empfängern reduziert werden.“ (S. 9) Der Band ist in drei Blöcke gegliedert, die sich schwerpunktmäßig (1) der Praxis in Empfängerländern, (2) entwicklungspolitischen Diskursen in der Schweiz und (3) Quellen in der Schweiz sowie methodischen Diskussionen widmen.

Der erste Teil, „Schweizerinnen und Schweizer in der Entwicklungspraxis“, löst dabei das Versprechen der Mikrohistorie ein, indem jeweils ein Projekt, eine bestimmte institutionelle Beziehung oder eine klar umrissene Personengruppe den Fokus der einzelnen Beiträge bildet. Die untersuchten Zeiträume umfassen dabei nicht mehr als zwölf Jahre, was zudem als Hinweis auf den prekären Projektcharakter und die Kurzfristigkeit der Entwicklungspraxis gelesen werden kann.

Markus Zürcher vertritt anhand der Alltagserfahrungen eines Schweizer Ehepaars in Ruanda die These, dass sich (scheinbar) klare Geber-Empfänger-Machtbeziehungen immer wieder auflösen und neu verhandelt werden mussten. Anstelle der vereinfachten Geber-Nehmer-Darstellung müsse „eine Vorstellung von Widerständigkeit oder gar Obstruktion auf Seite der 'Unterentwickelten' treten.“ (S. 44) Als erkenntnistiftende Quellen dienen hier neben lebensgeschichtlichen Interviews auch Tagebucheinträge

– mit einem deutlichen Überhang zugunsten der Ansichten des Mannes, dem auch deutlich mehr Handlungsspielraum als seiner Frau zugebilligt wird.

Sara Elmer zeigt, wie ein stark kritisiertes und eigentlich von allen Seiten als gescheitert betrachtetes Projekt in Nepal aufgrund von lokalen Dynamiken nicht eingestellt, sondern im Gegenteil stark ausgeweitet wurde. Sie nimmt dazu die allzu oft homogen gedachten Akteursgruppen säuberlich auseinander: Sowohl die entsandten SchweizerInnen als auch die von ebenjenen oft beschworenen und zur Legitimation der eigenen Tätigkeit bemühten „Nepalesen“ schildert Elmer als heterogene Gruppen mit spezifischen Interessen am Projekt. Konfliktlinien verliefen dabei gerade auch unter den SchweizerInnen selbst, als der vorher nie dagewesene Aktionsradius des „Pionierexperten“ und dessen Deutungsmacht durch die Ankunft neuer Schweizer ExpertInnen eingeschränkt und angegriffen wurden.

Postkoloniale Theoreme, die bei Zürcher und Elmer schon durchschimmern und textstrukturierend wirken, gelangen im Beitrag von Patricia Hongler über die Selbst- und Fremdbilder von Schweizer Freiwilligen in Afrika voll zur Geltung. Dabei kommen neben Textanalysen mithilfe der Kategorien von *Race* und *Gender* auch praktische Erfahrungen nicht zu kurz. Konflikte in der Freiwilligenpraxis seien ein Ergebnis widersprüchlicher Erwartungen, nämlich einerseits auf Privilegien im Einsatzland zu verzichten um mit der Zielgruppe auf Augenhöhe zusammenarbeiten zu können, andererseits aber eine einseitige, paternalistisch anmutende Hilfeleistung zu vollziehen. Eventuelle „Erfolge“ der eigenen Tätigkeit und positive Erfahrungen bleiben leider weitgehend ausgeblendet und es entsteht der Eindruck, dass die Selbstbilder der Freiwilligen von einem vollständigen Scheitern bestimmt sein müssen.

Franziska Diener arbeitet in ihrem Beitrag über ein schweizerisch-indisches Ausbildungszentrum heraus, dass das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ zwar von beiden Seiten geteilt wurde, die Umsetzung dieser Idee aber in einen unlösbaren Konflikt um Entscheidungskompetenzen mündete. Die Ursachen dafür sieht sie dabei in Zufällen und persönlichen Interessen,

wobei die Motive aufseiten der indischen Partnerorganisation nur vermutet werden können. Diener nennt eine Loslösung von Schweizer Bevormundungen oder persönliche Differenzen auf Führungsebene als mögliche Gründe.

Die interessanteste These in diesem ersten Block über die Entwicklungspraxis vertritt Lukas Meier, der die Erfahrungen von Schweizer Akteuren im tansanischen Gesundheitssektor als wegweisend für den Aufbau einer Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sieht. Durch die Einbeziehung des auch im Westen beachteten chinesischen Konzepts der „Barfußdoktoren“ und tansanischer Entwicklungsvorstellungen wird hier zum einen die bilaterale Ebene überschritten, zum anderen deutlich gemacht, welche Rückwirkungen die Interaktionen auf die Entwicklungspolitik der Schweiz selbst hatten. Dazu zählt insbesondere die Verknüpfung der Themen „Entwicklung“ und „Gesundheit“ in der Schweiz auf Basis der in Tansania gemachten Erfahrungen. Gleichzeitig zeigt Meier in seiner Fallstudie, dass tansanische Wissenschaftler und Politiker „erfolgreich im Versuch [waren], westliche Entwicklungsprojekte den neuen politischen Prämissen unterzuordnen.“ (S. 143)

Im zweiten Block gruppieren sich Beiträge, in denen die Positionierung von Schweizer Akteur/inn/en im globalen Entwicklungsdiskurs näher beleuchtet wird. Katharina Pohl und Daniel Speich Chassé vergleichen Spannungen im norwegischen und schweizerischen Entwicklungsdiskurs in historischer Perspektive. Sie betonen dabei die nach innen gerichtete, identitätsstiftende Funktion von Entwicklungspolitik, die sich zeitweilig in einer Distanzierung gegenüber multilateralen Organisationen manifestierte. Während Entwicklung in Norwegen Teil eines gesellschaftlich fest verankerten „Gutheitsregimes“ wurde, blieb das internationale „Gutsein“ in der Schweizer Öffentlichkeit umstritten. Kritisch merken die Autor/inn/en an, dass hinter der altruistischen Rhetorik auch wirtschaftliche und politische Eigeninteressen steckten.

Ebenjene Eigeninteressen arbeitet Daniel Trachsler in seiner Forschung über die Tätigkeit des Bundesrates Max Petitpierre heraus. Petitpierre prägte die Schweizer Entwicklungsarbeit von ihrer Institutionalisierung (1949/50) bis

hin zum „Take-off“ (1959-1961). Das weitverbreitete Bild von der apolitischen und uneigennütigen Entwicklungshilfe der Schweiz sei angesichts ihrer oft genuin politischen Motive eine „Fehlperzeption“ (S. 168). So sei Petitpierre – kaum offiziell bekundet, wohl gemerkt – daran gelegen gewesen, den Einfluss der kommunistischen Länder in der „Dritten Welt“ einzudämmen und gleichzeitig die Neutralität der Schweiz auf globaler Ebene unter Beweis zu stellen. Innenpolitisch diene Entwicklungshilfe als ein Ventil für die ab 1956 stärker werdende Kritik an der Passivität der Außenpolitik und den in der Jugend wachsenden Willen zur internationalen Solidarität.

Samuel Misteli zeichnet die Frühgeschichte des Nord-Süd-Konfliktes mit einem Fokus auf die 1964er UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) nach und erkennt in der dortigen Politisierung des Entwicklungsdiskurses ein Vorbild für Diskussionen, die Ende der 1960er Jahre in der Schweiz selbst geführt wurden. Auffällig scheint ihm dabei die Rolle von Wissen: Vorher in erster Linie ein Instrument der Technisierung und Entpolitisierung wurde es „auch ein Instrument zur Artikulation alternativer Forderungen und Behauptungen“ (S. 211).

Wie trotzkistische und maoistische Gruppierungen der französischen Schweiz um 1970 in den Entwicklungsdiskurs eingriffen, stellt Nuno Pereira im einzigen frankophonen Beitrag des Bandes dar. Die Schweizer Entwicklungsarbeit wurde als Imperialismus denunziert, an dessen Stelle die Gruppen politische Solidarität mit den unterdrückten Völkern der Dritten Welt forderten, wodurch sie – so die identifikatorische Funktion – durch ihre globale Perspektive auch in der konservativen Schweiz eine revolutionäre Ausrichtung beibehalten konnten. Praktisch schlug sich diese Solidarität hauptsächlich in der Beeinflussung des Schweizer Entwicklungsdiskurses nieder, vereinzelt auch in materieller Unterstützung von Befreiungskämpfen mittels Hilfslieferungen (wobei die Waren zumindest in einem Fall durch Diebstahl erlangt wurden, S. 224). Gerade in diesem Beitrag wäre auch eine tatsächliche Operationalisierung des eingehend erwähnten Verflechtungsbegriffs nützlich gewesen, da „imperialismuskritische“ Diskurse keinesfalls auf die Linke der Romandie

beschränkt waren, sondern auch in westlichen Ländern und der Legitimierung der „Solidarität“ des Ostblocks mit der „Dritten Welt“ eine zentrale Rolle spielten. Für die extreme Linke der Welschschweiz, so das Fazit, sei in der Schweizer Entwicklungshilfe „une mystification politique et idéologique“ ihrer eigenen Außenpolitik (S. 219) offenbar gewesen. Diese Mystifizierung wurde interessanterweise auch in den ersten zwei Beiträgen des zweiten Blocks kritisiert. So ließe sich zumindest in diesem Theorem eine Kontinuität von damaliger (linker) Kritik bis zur heutigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung vermuten.

Der dritte und finale Block des Bandes stellt die „brachliegenden“ Quellenbestände in Schweizer Archiven vor, in der Hoffnung, weitere Forschungsarbeiten zur Historiographie der Entwicklungsarbeit anzuregen. Methodische und theoretische Reflexionen zur Historisierung der Entwicklungszusammenarbeit weisen dabei auch über die Schweizer Quellenbestände hinaus und stellen einen Beitrag zur Methodendiskussion einer qualitativ orientierten Globalgeschichte dar.

Anita Ulrich und Konrad J. Kuhn listen Archivbestände (mit detaillierten Informationen zu Inhalt und Umfang in Laufmetern) auf, welche zur Erforschung der Geschichte sozialer Bewegungen und internationaler Solidarität in der Schweiz konsultiert werden können (siehe hierzu auch archivesonline.org), zumal einige Bestände keiner Sperrfrist unterliegen. Dem Überblick folgend fordern sie eine stärkere Beachtung nicht-staatlicher Akteure, um „die bisherige starke Dominanz staatlicher Quellenbestände in Forschungsarbeiten zur Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit multiperspektivisch zu brechen“ (S. 248). Weiters solle die nationale Forschungsperspektive überwunden werden und Alltagsgeschichten sowie Lebenswelten aus der Praxis der Entwicklungsarbeit verstärkt untersucht werden. Zumindest letzteren Punkt spricht das 75 Videointerviews umfassende *humem*-Zeitzeugenprojekt an, dessen Archiv noch 2014 vom Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich übernommen und im Beitrag von Gregor Spuhler, Lea Ingber und Sonja Vogelsang vorgestellt wird. Befragt wurden 75 Schweizerinnen und Schweizer mit breit gestreuten Erfahrungen aus sechs Dekaden Schweizer Entwicklungsarbeit und humanitärer Hilfe.

Aus dem Sample abgeleitete Thesen der Vermännlichung und Akademisierung der Schweizer EZ, d.h. dass vor allem ab den 1970er Jahren überproportional Männer und Akademiker/inn/en zum Einsatz kamen, sind dabei womöglich auf den globalen Entwicklungssektor übertragbar. Wie dieses bereits durch Transkriptionen und Kodierungen erschlossene Material für die Forschung genutzt werden kann, zeigt die Analyse der Interviews zweier Krankenschwestern, die von 1967 bis 1969 in einem Dorf im Süden Tansanias als Entwicklungshelferinnen tätig waren. Die Autor/inn/en betonen insbesondere die Nützlichkeit zeitgenössischer Dokumente (Tagebücher, Briefe, Fotografien), die von den Interviewpartnerinnen zugänglich gemacht wurden. Durch die wechselseitige Analyse von damaligen Briefen und rezenten Interviews konnte eruiert werden, dass bestimmte Schilderungen ebenso wie die kritische Bewertung der eigenen Tätigkeit und der Entwicklungshilfe allgemein über vier Jahrzehnte relativ stabil geblieben sind. Das Vorhaben des Archivs für Zeitgeschichte, zeitgenössisches Quellenmaterial dem *humem*-Archiv hinzuzufügen, ist daher besonders begrüßenswert.

Abschließend gibt Peter Fleer einen Einblick in jene Bestände im Schweizer Bundesarchiv, die für die Erforschung von Entwicklungspolitik und -praxis von Nutzen waren und sind, wobei „der wissenschaftliche Mehrwert vor allem in den vielfältigen Querverbindungen zwischen den Beständen zu suchen“ sei (S. 290). Dabei wählt er die unübersichtliche Form eines „Dialog[s] zwischen Archivbeständen, performativen Entwicklungsdiskursen und analytisch-heuristischer Methodendiskussion“ (S. 282), die für einen räumlich beschränkten Sammelbandbeitrag etwas zu ambitioniert ausfällt. Hier wäre weniger mehr gewesen.

Summa summarum ist der akteurszentrierte Ansatz des Sammelbandes ein wichtiges Korrektiv staats- und diskurszentrierter Forschungen, und die Ausführungen gerade im ersten Block zeigen bereits die Leistungsmöglichkeiten der Mikrohistorie. Der sich wie ein rotes Band durch die Beiträge ziehende Helvetozentrismus sorgt allerdings dafür, dass der Anspruch des Aufzeigens von globalen Verflechtungen nur in Ansätzen eingelöst wird. Die Akteurinnen und Akteure auf dem „Handlungsfeld

Entwicklung“ sind entweder Schweizer/inn/en oder werden durch deren Augen gesehen. Die „Nehmerseite“ der Entwicklungszusammenarbeit – etwa „Counterparts“ und „Empfänger/innen“ in den jeweiligen Projekten – bleibt somit entweder weitgehend abstrakt und holzschnittartig oder anekdotisch und wenig facettenreich. Wenn Markus Zürcher kritisch gegen die Meistererzählung der absoluten Geberdominanz anschreibt und konstatiert, dass „auch die ‚Unterentwickelten‘ bemerkenswert große Handlungsspielräume [hatten]“ (S. 43), so bleibt diese These wenig untermauert. Die Überwindung dieses empirischen Gefälles wird weitere Quellen brauchen als nur Schweizer Zeitzeug/inn/en und Archive. Peter Fler ist daher nur recht zu geben in seiner „Aufforderung zur Verflechtung von Beständen und Archiven“ (S. 308), die „insbesondere auch in den Empfängerländern und bei den internationalen Organisationen“ (S. 305) verfolgt werden sollte. Offen bleibt auch die Frage, welche Gemeinsamkeiten unter den Entwicklungsakteur/inn/en bei aller Partikularisierung und Fragmentierung denn noch bestehen blieben. All dies schmälert nicht den Beitrag des Bandes zur Kenntnis der Schweizer Entwicklungsarbeit und –diskurse und besonders ihrer Akteure. Zu einer wahrhaft globalhistorischen Perspektive der Entwicklungspraxis aber bedarf es weiterer Forschungen, zu denen dieser Sammelband – auch über die Schweiz hinausgehend – jedenfalls als Steinbruch von Desideraten zahlreiche Hinweise und wertvolle Anregungen geben kann.

ⁱ So etwa: Büschel, Hubertus/ Speich, Daniel (Hg.) (2009): *Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt am Main: Campus.

ⁱⁱ Siehe hierzu die Ausgabe 26 (2014) der Stichproben zu *Kolonialismus und Entwicklung*.

ⁱⁱⁱ Als rezente Publikationen mit makrohistorischer Herangehensweise sind zu erwähnen: Waldburger, Daniele / Zürcher, Lukas / Scheidegger, Urs (Hg.) (2012): *Im Dienst der Menschheit. Meilensteine der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit seit 1945*, Bern: Haupt; Holenstein, René (2010): *Wer langsam geht, kommt weit. Ein halbes Jahrhundert Schweizer Entwicklungshilfe*, Zürich; Bürgi, Jürg / Imfeld, Al (2004): *Mehr geben, weniger nehmen: Geschichte der Schweizer Entwicklungspolitik und der Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung*, Zürich: Orell Fuessli. Mit einem Fokus auf die Akteur/inn/en: Gull, Thomas/Schnetzler, Dominik (2011): *Die andere Seite der Welt. Was Schweizerinnen und Schweiz im humanitären Einsatz erlebt haben*, Baden: hier + jetzt.

McMAHON, Elisabeth. 2013. *Slavery and Emancipation in Islamic East Africa: From Honor to Respectability*. New York: Cambridge University Press. 293 S. ISBN 978-1-107-02582-0.

reviewed by

Matthew Unangst, Temple University

In *Slavery and Emancipation in Islamic East Africa*, Elisabeth McMahan explores changes in Pemban society and the development of a distinctly Pemban identity following the British abolition decree of 1897. While the decree did not itself emancipate the island's slaves, it did set off processes through which many of them emancipated themselves. British colonialism offered slaves freedom but also the possibility of vulnerability if they lost the patronage of their owners. New Pemban identities emerged through cooperation among former slaves and elites against the colonial state in the realms of precolonial Islamic beliefs and witchcraft (*uchawi/wachawi*). One's respectability and reputation mattered more than ever before to ensure one's position in the community.

McMahan argues that Pemba's history of emancipation and identity formation was different from those on the mainland or Unguja. Unlike the process Laura Fair describes in Unguja, former slaves in Pemba adopted identities as devout Muslims while maintaining identities as people of the mainland. Pemba never saw widespread resistance against elites or the colonial state; Pembans rather acculturated and accommodated to the changing political situation. Marginalized people based their interactions on understandings of acceptable social behavior. They built social and kinship networks to avoid economic vulnerability. McMahan critiques R.D. Bowles' and Abdul Sheriff and Ed Ferguson's arguments that Pemba did not experience revolution in 1964 because Pemba lacked the class stratification of Unguja, as well as Fair's argument that participation in the revolution would have been an admission of a slave past. Both approaches, she argues, posit former slave Pembans as the dupes of the island's Arab population instead of actors working in their own interest.

McMahon highlights changes in the meaning of the term "*heshima*" from "honor" to "respectability" in the emancipation process. Former slave litigants hoped to attain honor through litigation, but instead attained respectability. Government emancipation did not end slavery, but did allow slaves to impugn the *heshima* of their owners and demonstrate that owners no longer controlled them. There were two primary venues through which Pembrans could establish *heshima*, courts and *wachawi*. Courts usurped the power of traditional elites to determine how much *heshima* litigants possessed and the power of elites faded in the face of a new politics of reputation. Open-air courts made reputations a matter of public debate. Economic success became tightly linked to that respectability, as it enabled people to attain the credit necessary to survive between harvests. *Kadhi* courts in particular played a role in creating former slave identities, as they emphasized oral evidence over the written evidence most former slaves lacked but needed in colonial courts. Courts provided women in particular with a new avenue to exert greater control over their own identities. Though courts were gendered as male space, women used *kadhi* courts to assert their rights in civil society, to refuse concubinage, and to save property from male relatives.

The centrality of courts to the process of establishing a Pemban identity provides McMahon with her largest source bases, court records from the Zanzibar National Archives and government documents from British officials on Pemba in the ZNA and Parliamentary Papers, Foreign Office, and Colonial Office archives in the United Kingdom. Court and probate records demonstrate how people identified themselves and resolved conflicts, providing a richness of detail about their lives not available in other sources. Though Pemba lacks the thick legal documentation for quantitative analysis of cases, McMahon notes their richness of detail about litigants' lives. She also uses records from the UMCA and Friends missions on Pemba and conducted interviews to see how former slaves built personal networks.

As the colonial state tried to assert control over Pemba, *wachawi* served as a means of shadow policing Pemban society in part because British officials

refused to acknowledge its existence. It became a sphere in which Pembans could set their own expectations for society and change the island's landscape of power outside of colonial control. Elites tried to use *uchawi* to retain control over the island's social hierarchy. Former slaves, however, participated in witchcraft in order to climb the social hierarchy themselves. Witchcraft was available to all levels of the social hierarchy whereas British legal channels were not always.

McMahon uses Vincent Brown's method of examining death rituals as a site to examine social relations among enslaved people. Who exactly was involved in someone's burial demonstrates who the deceased thought was important and/or who thought the deceased was important, i.e. the deceased's kinship network. Pembans created what McMahon refers to as "networked kinship," kin relations not necessarily based on blood. Kinship relations created during slavery remained in place if both sides benefited but fell apart if one side no longer saw value in the relationship. McMahon thus traces the afterlives of slavery on Pemba and the ways in which former slaves could work within existing networks or create new ones.

McMahon begins the book with an anecdote about Pemba not participating in Zanzibar's revolution of 1964. She traces its isolation from events on Unguja back to its story of emancipation. She notes in her conclusion that abolition marked the beginning of Pemban isolation from the African mainland and the Indian Ocean World. It would have been helpful to explore this process in more detail. Why did the development of a Pemban identity entail moving away from areas with which Pemba had earlier been connected? Why did the continued valence of mainland identities not entail connections to the mainland? The picture of Pemba we are left with in 1930 is that of an isolated backwater with little significance for events elsewhere. *Slavery and Emancipation in Islamic East Africa* provides us with another case for exploring the development of Islamic identities in East Africa following abolition. McMahon's analysis of Pemban society helps us think beyond the models of Unguja and the mainland for ways in which former slaves used colonial institutions and Islamic belief to establish positions for themselves

in civil society. We see how marginalized Pembans, rather than being cowed by the colonial state, instead used its institutions to increase the importance of Islamic belief.

MIESCHER, Giorgio. 2013. Die Rote Linie. Die Geschichte der Veterinär- und Siedlungsgrenze in Namibia (1890er-1960er Jahre). Basel: Basler Afrika Bibliographien. 378 Seiten. ISBN 978-3-905758-28-3.

rezensiert von

Petra Steidl, Universität Wien

Die Zweiteilung des Landes stellt ein „zentrales strukturelles Merkmal der Geschichte Namibias“ und eine beinahe „nicht mehr hinterfragte Grundvoraussetzung der Geschichtsschreibung“ (S.XIV) dar, hält der an der Universität Basel promovierte Historiker Giorgio Miescher einleitend fest. Über die Hintergründe dieser inneren Spaltung des Landes herrscht in der namibischen Geschichtsschreibung weitgehend Unwissenheit. Diese Forschungslücke dient als Ausgangspunkt für das vorliegende, 378 Seiten umfassende Buch, das im Jahr 2012 in englischer Übersetzung erschienen ist. Miescher bettet die historiographische Rekonstruktion der Grenzziehungsprozesse in eine Bandbreite darin involvierter Themen ein. Diese reichen von Veterinärwesen, über Wildschutz, hin zu Siedlungsentwicklung und zu kolonialer Raumordnung. Bei der Wahl des Forschungsansatzes bricht der Autor mit den die postkoloniale Geschichtsschreibung Namibias dominierenden regional- und ethnogeschichtlichen Ansätzen. Miescher schreibt die Geschichte Namibias aus der Perspektive einer inneren Grenze – der „Roten Linie“.

Die Rote Linie hat ihren Ursprung in einer von der deutschen Kolonialmacht 1896/97 eingerichteten veterinärmedizinischen „Absperrrlinie“ (G.M.) zur Abwehr der in das südliche Afrika vordringenden Rinderpest (Kap. 1, S. 1-42). Die Kolonialregierung setzte den Grenzverlauf aufgrund geografischer Bedingungen sowie

machtpolitischer Gegebenheiten zwischen Nord- und Zentralnamibia fest. Diese Absperrlinie manifestierte sich infolge mangelnder finanzieller und personeller Mittel sowie fehlender Infrastruktur nicht in einer durchgehenden Grenzlinie, sondern in Form von einzelnen, entlang der Grenzlinie errichteten Polizeistationen. Der Autor argumentiert, dass der Verlauf der Veterinärgrænze gleichzeitig die Grænze des von der deutschen Kolonialmacht vorläufig deklarierten Siedlungsanspruchs, sowie die Grænze des realen machtpolitischen Einflussbereichs markierte. Die veterinärmedizinische Grenzlinie klammerte den Norden auf physischer Ebene dezidiert aus dem deutschen Herrschaftsgebiet aus und deklarierte diesen Teil der Kolonie, wo rund die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung lebte, „*de facto* als Ausland“ (S. 40, Hervorhebung G.M.).

Das zweite Kapitel (S. 43-90) widmet sich der Anordnung eines neuen kolonialen Grenzregimes im Zuge des Kolonialkrieges von 1904 bis 1907. Die sogenannte Polizeizonengrenze, die den Großteil Süd- und Zentralnamibias umfasste und deren nördlicher Verlauf sich weitgehend mit den aus der Absperrlinie für Rinderquerungen hervorgegangenen Militärstationen deckte, wurde festgelegt. Die Polizeizonengrenze separierte jene für die Kolonialökonomie als relevant eingestuften Siedlungsgebiete Süd- und Zentralnamibias vom Rest des Landes und definierte ein Gebiet, innerhalb dessen den europäischen Siedlern Polizeischutz, Infrastrukturausbau sowie Modernisierungsinitiativen der Vieh- und Landwirtschaft zugesichert wurden. Wie bei der Rinderabsperrlinie, zeigte sich die Polizeizonengrenze nur auf der Karte als durchgehende Grenzlinie. In der Landschaft war dieses neue Raumordnungskonzept in Form einer Grenzpostenkette sichtbar.

Überzeugend legt der Autor in diesem Abschnitt dar, dass die Neudefinition dieser inneren Grænze, zusammen mit der Deklaration weiterer „verbotener Gebiete“ (S. 43), ein neues räumliches Ordnungsregime manifestierte. Eines dieser verbotenen Gebiete war der von der Kolonialmacht als „Land der Ovambo“ (S. 53) definierte Teil des Landes, für den aus politischen und ökonomischen Gründen eine strenge Regulation des Personen- und Warenverkehrs verordnet wurde. Darüber

hinaus proklamierte die deutsche Kolonialmacht 1907 drei Wildreservate. In diesen Wildschutzgebieten, die sich außerhalb des (vorläufig) vorgesehenen europäischen Siedlungsgebietes befanden, war eine strenge Regulation von Jagd, Handel und Mobilität beabsichtigt. Miescher hebt sich in Bezug auf die Funktion kolonialer Wildreservate von neueren Forschungen ab und erweitert das Spektrum der ökologischen, ökonomischen und sozialen Hintergründe um den bisher in der Historiographie über Namibia vernachlässigten Aspekt der strategischen Positionierung von Wildschutzgebieten als Teil eines kolonialen Raumordnungsregimes und Instrument zur Mobilitätskontrolle. Mieschers intensive Auseinandersetzung mit den ökonomischen und sozialen Faktoren für die Wildschutzinitiativen der deutschen Kolonialregierung hätte an dieser Stelle auch die Möglichkeit geboten, dem von ihm berücksichtigten imperialen Kontext intensiver nachzugehen und seine Arbeit um jene Impulse zu ergänzen, die sich auf transimperialer und internationaler Ebene abzeichnen.

i

Im dritten Abschnitt (S. 91-147) wird die Entwicklung der Grenzlinie während des Ersten Weltkriegs bis Ende der 1920er Jahre untersucht. In dieser Phase wurde die Veterinär- und Siedlungsgrenze nicht nur zur Roten Linie zusammengeführt, sondern der nun gemeinsame Grenzverlauf zum ersten Mal auch gesetzlich verankert. Der nördliche Teil der Polizeizonegrenze wurde linear nach Osten hin bis an die Territorialgrenze mit British Bechuanaland und nach Westen hin bis an die Küste erweitert und spaltete Namibia fortan offiziell in zwei Teile, in das „gesunde“, „europäische“ Süd- und Zentralnamibia („South West Africa proper“, S. 143) und den „potenziell kranken“, „afrikanischen“ Norden („Northern Native Territories“, S. 143). Die südafrikanische Kolonialmacht veranlasste zudem ein totales Einfuhrverbot für Rinder aus dem Norden in die Polizeizone und grenzte damit die Bevölkerung nördlich der Veterinärsgrenze von der Viehökonomie aus. Miescher zeigt in diesem Abschnitt auf, welche Bedeutung kartographischen Repräsentationen der Roten Linie als machtpolitisches Instrument zukam. So ließ die

Kolonialregierung Mitte der 1920er Jahre eine Karte anfertigen, auf der die Veterinärgränze als markante rote Linie präsentiert wurde (Karte 4, S.373). Damit machte sie den südafrikanischen Behörden die tatsächliche Existenz einer geschlossenen Veterinärgränze glaubhaft, die eine Voraussetzung für die Aufhebung einer Importsperrre für Rinder aus den nördlichen Gebieten der Polizeizone nach Südafrika bildete. Miescher entlarvt diese Darstellung der Roten Linie als eine „gelungene kartographische Illusion“ (S. 140).

Der Autor zeigt auf, dass die Rote Linie unter südafrikanischer Kolonialherrschaft zunehmend die Züge einer „imperialen Barbarengrenze“ (S. XXVIII) annahm, die das südafrikanische Imperium vor den Bedrohungen aus dem Inneren Afrikas bewahren sollte. Als eine der größten Gefahren, die angeblich jenseits der Roten Linie lauerten, betrachteten die neuen Kolonialherren Tierseuchen und bauten die veterinärmedizinische Trennlinie sukzessive aus. In diesem Zusammenhang untersucht der Autor im vierten Kapitel (S.148-218) die Durchsetzung der neu definierten Veterinärgränze. Diese ging mit der Errichtung von „viehfreien Zonen“ nördlich der Grenzlinie einher. In diesen war jegliche Präsenz von Rindern verboten und jedwede Ansiedelung untersagt. Bis 1935 wurden alle Gebiete nördlich der Grenze, die sich außerhalb der sogenannten afrikanischen Reservate Kaoko, Kavango und Owambo befanden, als viehfreie Zonen definiert. Zur Schaffung dieser Pufferzonen, die eine potenzielle Übertragung von Tierkrankheiten aus dem Norden auf Viehbestände südlich der Grenze verhindern sollten, setzte die Kolonialregierung umfangreiche Zwangsumsiedlungen afrikanischer Farmer nördlich der Grenze in Gang.

Infolge eines Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche innerhalb der Polizeizone veranlasste die Kolonialregierung Mitte der 1960er Jahre entlang der gesamten Roten Linie die Errichtung eines durchgehenden 1250 km langen Veterinärzauns. Die Entwicklung der innernamibischen Grenze zu einer erstmals physisch in der Landschaft verankerten, durchgehenden Grenzlinie steht im fünften und vorletzten Kapitel (S. 219-290) im Mittelpunkt. Im selben Zeitraum, aber unabhängig vom Seuchenausbruch, wurde auf Vorschlag der Odendaal Kommission die Siedlungsgrenze

verlegt, die bis dahin entlang der Veterinärgrenze verlief. Gleichzeitig verschwand die Rote Linie von der Karte, da es „[f]ür die prominente kartographische Darstellung einer reinen Veterinärgrenze, die ja nun durch die Einzäunung zur physischen Realität geworden war, [...] anders als in den Jahrzehnten zuvor keinen Anlass mehr [gab] und die markante Darstellung einer europäischen Siedlungsgrenze [...] aus politischen Gründen nicht mehr opportun [erschien].“ (S. 279) Diese nun in der namibischen Landschaft eingeschriebene Zweiteilung des Landes machte die seit über sechs Jahrzehnten herrschende administrative, wirtschaftliche und rechtliche Ungleichbehandlung auch physisch sichtbar.

Zur Untersuchung der Siedlungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zieht Miescher im fünften Kapitel mit den Berichten der Lardner-Burke Kommission (1945-1947) eine bisher kaum beachtete Quelle heran, deren Vorschläge ausschlaggebend für die bis in die 1960er Jahre vollzogene räumliche Expansion und Verdichtung des europäischen Siedlungsraums war. Die durch diese Kommission angestoßene und bis zur Odendaal Kommission anhaltende Siedlungsdynamik, die dem Motto „Jedem Siedler seine Farm“ (S. 234) folgte, visualisiert Miescher anhand der sorgfältig edierten Karten 7 und 8 (S. 376-377). Vergleicht man diese mit den Karten 3, 4 und 5 (S. 372-374) wird die über sechs Jahrzehnte andauernde „Süd-Nord-Dynamik“ (S. 147) der kolonialen Landaneignung und die Rolle der Roten Linie darin deutlich. Mit der ökologischen Kontextualisierung dieser Siedlungsdynamik zeigt der Autor im vorletzten Kapitel darüber hinaus, wie erkenntnisbringend sich eine umweltgeschichtliche Perspektivierung erweisen kann. In Anlehnung an Mieschers umweltgeschichtlichen Exkurs wäre es lohnenswert, sich auf die Spurensuche nach einer Ökologiegeschichte der Roten Linie zu machen.

Eine besondere Stärke des Buches ist, dass es der realen Umsetzung der kolonialen Grenzziehungskonzepte in jedem der ersten fünf Kapitel viel Gewicht einräumt und dabei hervorstreicht, wie unterschiedlich sich diese Raumordnungsdynamiken je nach regionalem und zeitlichem Kontext auswirkten und welche unterschiedlichen Lebenswelten und Handlungsspielräume die Rote Linie für die jeweiligen

Bevölkerungsgruppen schuf. Dabei weiß Miescher überzeugend zu zeigen, dass die Veterinär- und Siedlungsgrenze nicht nur die Präsenz kolonialer Kontrolle markierte, sondern der Bevölkerung beiderseits der Grenzlinie zugleich Flucht- und Rückzugsräume schuf (z.B. S. 75-81) und für die in und um die Grenzstationen lebende afrikanische Bevölkerung ökonomische Optionen eröffnete. Er betont diesbezüglich, dass die Kolonialregierung bei der Errichtung der Grenzstationen und der Kontrolle der Roten Linie in großem Maße auf die Unterstützung sowie auf das Wissen der lokalen afrikanischen Bevölkerung angewiesen war (z.B. S. 33f.). Die Durchsetzung und Kontrolle der Grenze war bis zum Bau des Grenzzauns in den 1960er Jahren zu keinem Zeitpunkt absolut. Miescher macht mit der Darstellung der Geschichte der Roten Linie ebenso jene Räume sichtbar, in denen das koloniale Herrschaftssystem seine Wirkungskraft verlor.

In den ersten fünf Kapiteln des Buches stehen die Analyse der räumlichen Ordnungskonzepte sowie deren Umsetzung und Auswirkungen im Mittelpunkt. Dabei stützt sich der Autor vor allem auf koloniale Akten aus dem Nationalarchiv in Windhoek. Im sechsten Kapitel (S. 291-327) widmet er sich hingegen alleinig den persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen der Bewohnerinnen und Bewohner zu beiden Seiten der Veterinär- und Siedlungsgrenze. Durch die Verwendung mündlicher Quellen und zeitgenössischer Berichte trägt dieses letzte Kapitel maßgeblich zur Ausgewogenheit der Perspektiven auf die Geschichte der Roten Linie bei.

Die Geschichte und das Leben mit dieser inneren Grenze macht Miescher zudem durch insgesamt 18 historische Fotografien visuell zugänglich, die unter anderem von den Grenzerfahrungen der Kontraktarbeiter aus dem Norden, von veterinärmedizinischen Impfkampagnen oder von Grenzkontrollen an den Grenzposten und Grenzpatrouillen im Gelände erzählen.

Miescher zeigt mit dieser detaillierten Geschichtsrekonstruktion, dass die über sechs Jahrzehnte hinweg vollzogenen inneren Grenzziehungsmaßnahmen, die der Markierung des „weißen“ Siedlungsraums und der Abschottung vor vermeintlichen Bedrohungen aus dem Inneren Afrikas galten, die Konturen der namibischen Geschichte

entscheidend formten. Die Rote Linie stellt, wie Miescher abschließend anmerkt, ein bis heute nicht überwundenes koloniales Erbe dar. Sie markiert nach wie vor eine ökonomische Scheidelinie und dient der Unterbindung von Viehbewegungen zwischen Nord- und Zentralnamibia, und - wenn nötig - auch der Mobilitätskontrolle von Menschen und Waren. Die Leserinnen und Leser, die Miescher in großer Anzahl zu wünschen sind, dürfen sich auf ein perspektivreiches und sorgfältig illustriertes Buch freuen. Der wissenschaftlich versierten Leserschaft sei zudem eine zur weiteren Forschung anregende Lektüre versprochen, die eine Fülle an Literaturreferenzen bereithält.

ⁱ Siehe z.B. Adams, William M. (2004): *Against Extinction: The Story of Conservation*. London [u.a.]: Earthscan, 19-41; Cioc, Mark (Hg., 2009): *The Game of Conservation. International Treaties to Protect the World's Migratory Animals*. Athens: Ohio University Press, 34-47; 154-161; Gißibl, Bernhard (2006): *German Colonialism and the Beginnings of International Wildlife Preservation in Africa*. In: German Historical Institute (GHI), *Bulletin Supplement 3*, 121-143.

ENGLERT, Birgit / GÄRBER, Barbara (Hg.). 2014. Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive. Wien: new academic press. 232 Seiten. ISBN 978-3-7003-1895-8.

rezensiert von

Myra Posluschny-Treuner, Universität Basel

Landgrabbing ist das Schlagwort für großflächige Aneignungen von Land, praktiziert durch finanzstarke ausländische oder inländische private Investoren und Staaten, die auf fremden Boden Energiepflanzen oder Nahrungsmittel für den Export anbauen. Der Anfang dieses regelrechten Nachfragebooms nach Land wird zumeist mit der Nahrungsmittelpreiskrise im Jahre 2008 datiert, aber auch die Energiekrise sowie aktuelle Mitigationsstrategien zum Klimawandel spielen beim Thema eine

grundlegende Rolle. Seitdem untersucht eine Vielzahl von Studien das mehrfach als relativ neues Phänomen bezeichnete Landgrabbing. So auch der vorliegende gleichnamige Sammelband, herausgegeben von Birgit Englert und Barbara Gärber. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal dieses Sammelbandes zu vielen vorhandenen Studien ist zum einen die darin verwendete breite Definition von Landgrabbing. Der Begriff bezeichnet hier „[...] jede Inbesitznahme von Grund und Boden ungeachtet der bestehenden Eigentumsverhältnisse“ (S. 7). Zum anderen sind „Landnahmen“, wie die beiden Herausgeberinnen in der Einleitung den Terminus ins Deutsche übersetzen, „freilich keineswegs ein Phänomen der jüngeren Gegenwart, sondern in unterschiedlichsten Formen immer Teil historischer Prozesse“ (S. 7). Entsprechend werden Landaneignungen im Kolonialismus, im Rahmen von postkolonialen Landreformen, Landnahmen zur Agrarkraftstoffproduktion, im Kontext von Natur- oder Artenschutzmaßnahmen sowie zur Förderung des Tourismus in den insgesamt 13 Beiträgen vorwiegend anhand von Fallstudien erörtert. Selbstgestecktes Ziel der Herausgeberinnen ist hierbei, Landgrabbing „nicht nur in seiner aktuellen Ausprägung zu diskutieren, sondern auch in historischer Perspektive zu beleuchten“ (S. 9). Im Allgemeinen soll eine Kontinuität von Landnahmen aufgezeigt werden. Gemeinsam ist dabei allen Beiträgen, „Landnahmen als politisches Thema zu verstehen, das unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte analysiert wird“ (S. 9). Argumente, Rechtfertigungen und Strategien von Akteuren in Bezug auf Landnahmen sollen ebenso wie Widerstandsstrategien von Betroffenen im Zentrum jedes Beitrages stehen. Den vielfältigen Betrachtungsperspektiven entsprechend, stammen die ausgewählten AutorInnen aus verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen, wie der Internationalen Entwicklung, der Soziologie, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Geographie, der Rechts- und Politikwissenschaft, der Sinologie sowie aus den Afrikawissenschaften (siehe S. 10). Solch ein interdisziplinärer Sammelband birgt das Potenzial, einen über Fächergrenzen hinweg erkenntnisbringenden Beitrag zur Beantwortung der zugrundeliegenden Fragestellungen zu leisten: “Wer

eignete sich Land wo, wann und wie an, mit welchen Begründungen und mit welchen Konsequenzen für wen?“ (S. 9).

Geographisch stellt Afrika mit insgesamt sechs Beiträgen den Schwerpunkt dar. Landgrabbing in Asien wird exemplarisch durch drei Beiträge illustriert, während jeweils ein Beitrag sich mit Nordamerika, Südamerika und der ehemaligen Sowjetunion befasst. Diese geographische Schwerpunktsetzung entspricht mehr oder weniger der regionalen Gewichtung im aktuellen globalen Landgrabbing-Diskurs. Afrika als Hauptzielregion – unter anderem aufgrund niedriger Landpreise, „ungenutztem“ Land und günstigen Arbeitskräften –, gefolgt von Asien und Südamerika. Wie die Herausgeberinnen zu Recht hervorheben, ist Landgrabbing ebenfalls in Europa ein Thema, wenn auch weniger prominent. Der Sammelband beinhaltet jedoch leider keinen entsprechenden Beitrag, wie in der Einleitung selbst vermerkt wird.

Geleitet von dem ausgedehnten Verständnis von Landgrabbing erscheint es zweckdienlich, die einzelnen Beiträge detaillierter darzustellen, um den hier ausgeführten Dimensionen des Phänomens gerecht zu werden.

Der erste Beitrag von René Kuppe beschäftigt sich mit der Einschränkung indigener Landrechte zu Zeiten der Entdeckung und Kolonialisierung Nordamerikas. Der Autor beleuchtet jene gerichtliche Entscheidung, die den indigenen Völkern das Eigentumsrecht an Land absprach und Landgrabbing legitimierte. Diese fand zur damaligen Zeit nicht nur als „Doctrine of Discovery“ Eingang in die amerikanische Verfassung, sondern ist bis heute Bestandteil des geltenden Rechts beispielsweise in Amerika, Afrika, Asien und dem Südpazifik.

Landrechte stehen ebenfalls im Zentrum bei Barbara Gärber. Sie untersucht, inwieweit Gewohnheitsrecht und staatliche Rechtsordnung eine Rolle hinsichtlich der Landrechte von Frauen im südlichen und östlichen Afrika spielen. Anhand von Fallbeispielen in Malawi, Mosambik, Uganda, Tansania, Südafrika, Simbabwe und Lesotho zeigt sie exemplarisch, dass die Anwendung des jeweiligen Rechts kontextabhängig ist, wobei das

Gewohnheitsrecht im Bereich des Landrechts entscheidend bleibt und Frauen der Zugang zu Land dadurch meist nur eingeschränkt oder gar nicht möglich ist.

Verfassungsrechtlich geschützt sind hingegen die indigenen Landrechte in Brasilien. Kristina Kroyer zeigt am Beispiel der indigenen Bevölkerung in Mato Grosso do Sul in Brasilien, wie die geschützten indigenen Landrechte dennoch oftmals zugunsten großbetrieblicher Soja-, Vieh- und Zuckerrohrproduktionen untergraben werden. Soziale, kulturelle und wirtschaftliche Verschiebungen innerhalb der Guarani Kaiowá sind Folge von Landnahmen sowie eines Lebens in Reservaten.

Henning Melber und Felix Wemheuer beschäftigen sich in ihren Beiträgen mit Landreformen. Melber legt den Schwerpunkt auf die starke Emotionalität, die im südlichen Afrika mit Land verbunden ist. Land wird von der ehemals kolonialisierten Bevölkerung als Symbol der Selbstbestimmung sowie als wesentlicher Teil ihrer Identität verstanden. In den ausgewählten Fallstudien zu Namibia, Zimbabwe und Südafrika führt er aus, wie postkoloniale Eliten sich diese inhärenten Emotionen und die identitätsstiftende Bedeutung von Neuverteilung bzw. Umverteilung von Land zugunsten ihrer eigenen Interessen zu Nutzen machen.

Felix Wemheuer vergleicht in seiner Untersuchung die sogenannten Bodenreformen der UdSSR in den 1930er Jahren mit jenen der 1950er Jahre in China. Die Reformpolitik bestand in beiden Fällen aus der Enteignung der Bauern durch die staatssozialistischen Regierungen und der Kollektivierung von landwirtschaftlich genutzter Fläche, woraus schwere Hungersnöte mit Millionen von Opfern resultierten. Der Autor stellt plausibel dar, warum nur im Fall von China die Auflösung der Kommunen in den 1980er Jahren eine große Zahl von Arbeitskräften freisetzte, die im Rahmen von Industrieprojekten zur Quelle der kapitalistischen „ursprünglichen Akkumulation“ werden konnten.

Dem zentralen Thema Widerstand gegen Landreformen und Landnahmen wenden sich Marina Wetzlmaier und Erik Cohen zu. Marina Wetzlmaier erläutert den historischen Verlauf des Widerstandes gegen Landnahmen zur Zeit der Marcos-Diktatur auf den Philippinen und dessen

Folgeentwicklungen. Trotz gemeinsamer langfristiger Ziele hinsichtlich der Landumverteilung, welche vor allem der kleinbäuerlichen Bevölkerung zugutekommen sollte, sind die Differenzen der zwei dominierenden Widerstandsgruppen in ihrer Interpretation von Landreform und der Rolle des Staates zu gegensätzlich und blockieren bis heute eine erfolgreiche Landreform.

Einen aufschlussreichen Beitrag über Landnahmen nach dem Tsunami von 2004 im Indischen Ozean bringt Erik Cohen ein. Exemplarisch legt er anhand der Fallbeispiele Thailand, Indien und Sri Lanka dar, wie zahlreiche Akteure versuchen, sich das Küstenland von den vor dem Tsunami geflüchteten Bewohnern anzueignen, hauptsächlich zum Zwecke der touristischen Nutzung. Offiziell, insbesondere von staatlicher Seite, werden Umsiedlungen und Landnahmen als Notwendigkeit zum zukünftigen Schutze der ehemaligen Bewohner begründet. Widerstand gab es zahlreich und massiv, erfolgreich war dieser allerdings lediglich gegen direktes staatliches Landgrabbing.

Einen weiteren Schwerpunkt innerhalb dieses Sammelbandes bilden Beiträge, denen eine theoriegeleitete Analyse zugrundeliegt. Im diesem Sinne verdeutlicht Andreas Exenberger einleuchtend die ökonomische Logik, die dem Phänomen Landgrabbing innewohnt.

Jude Sentongo Kafeero leitet das Verständnis von Privateigentum, welches Eingang in die internationalen Richtlinien zum Natur- und Artenschutz gefunden hat, aus den jeweiligen Eigentumstheorien von John Locke, Harold Demsetz und Garret Hardin ab. Die daraus resultierenden verheerenden Folgen für die Batwa in Uganda erklärt er anhand von Biodiversitätserhaltungsprojekten im Batwa-Territorium.

Bettina Engels und Kristina Dietz beziehen ihre Analyse von Landgrabbing auf die theoretischen Ansätze der politischen Ökologie. Landgrabbing muss demnach als „eine historisch spezifische Ausprägung eines Prozesses“ (S.151) verstanden werden, wobei der Zugang zu und die Kontrolle über Land stets durch spezifische soziale Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse bestimmt sind. Diese sind wiederum entlang von Differenzkategorien gegliedert, wie Klasse, Geschlecht, Ethnizität,

Generation oder regionale Herkunft. Am Fallbeispiel Äthiopien geben die Autorinnen eine gelungene Anleitung, wie Landgrabbing zukünftig theoriegeleitet analysiert werden könnte, um zu einem umfassenden Verständnis beizutragen.

Auf Ansätze der politischen Ökologie beziehen sich ebenfalls die Beiträge von Svenja Schrader sowie von Sarah Kirst und Bettina Engels. Die Folgen von Landnahmen in Ghana für Agrarkraftstoffe beschreibt Svenja Schrader. Hierbei werden vergangene und gegenwärtige Landrechte, Landtransferprozesse, wie auch involvierte Akteure näher betrachtet.

Sarah Kirst und Bettina Engels demonstrieren, dass Konflikte um Land Verteilungskonflikte darstellen und aus diesem Grund im Kontext der jeweiligen sozialen Verhältnisse verstanden und erklärt werden müssen. Ausführlich wird dies am Beispiel der Landkonflikte in der Region Banfora im Südwesten Burkina Fasos aufgezeigt.

Eine bis dato eher vernachlässigte Analyseperspektive in der Landgrabbing-Debatte bringen Nicolas Wasser, Maria Backhouse und Kristina Dietz ein, nämlich die Bedeutung von Geschlecht. Eine vollständige Betrachtung sozialer Auswirkungen von Investitionen in die Agrarkraftstoffproduktion bedingt den Einbezug jeglicher Wechselwirkungen von Geschlecht, Natur, Land- und Ressourcenzugang, wobei ebenfalls die Differenzkategorien Geschlecht, Klasse und *race* mitbestimmend sind. Geeignete theoretische Ansätze, wie die AutorInnen hervorheben, sind die feministische Kritik sowie die feministische politische Ökologie.

Zusammenfassend soll an dieser Stelle mit den treffenden Worten der Herausgeberinnen festgehalten werden: „Landnahmen sind und waren immer Ausdruck herrschender Machtverhältnisse und wurden und werden sowohl auf (inter-) nationaler als auch lokaler Ebene von einer Reihe unterschiedlicher Akteure wie Regierungen, privaten InvestorInnen oder auch betroffenen Bevölkerungsgruppen durchgeführt – wenngleich natürlich in ganz verschiedenen Ausmaßen und Dimensionen“ (S. 16).

Dieser Sammelband wird seinen eigenen Anforderungen gerecht. Landgrabbing wird in all seiner Vielfältigkeit anschaulich dargestellt –

oftmals in Form von Fallstudien –, das Phänomen wird kritisch analysiert sowie mehrheitlich historisch hergeleitet. Das zugrunde gelegte weitumfassende Verständnis von Landgrabbing ermöglicht dabei eine wichtige Perspektivenverschiebung und somit eine Abwendung von dem Eingangs erläuterten (zu) engen Verständnis von Landnahmen. Zu Recht werden unter dem Begriff Landgrabbing jegliche Formen von Landnahmen vereint.

Zugleich zeigt sich jedoch deutlich die Problematik, die solch einer weiten Definition innewohnt: Ein Aufzeigen systematischer Zusammenhänge fällt aufgrund derartiger Komplexität weg. Ein solch weites Feld kann lediglich umrissen werden, mit teils expliziteren Erläuterungen und Analysen. Grundsätzlich ist die Entscheidung, die diversen Ebenen und Ausgestaltungen von Landgrabbing in Form eines Sammelbands zu illustrieren, sehr zu begrüßen. Manche Beiträge tragen mehr zur Beantwortung der zentralen Fragestellung bei als andere, wobei jeder einzelne der dreizehn Beiträge zum übergeordneten Thema seinen Beitrag leistet und oftmals Perspektiven aufzeigt, die bis dato weitestgehend außer Acht gelassen wurden. Besonders hervorzuheben sind die hier beleuchteten theoretischen Ansätze, die helfen, die gegenwärtigen komplexen Entwicklungen des Phänomens Landgrabbing global wie lokal angemessen zu erfassen sowie zukünftigen Untersuchungen Anschluss zu bieten. Anzumerken bleibt lediglich, dass die Rolle des Staates einer näheren Untersuchung bedarf sowie eine gleichberechtigte Analyse von Investoren für ein umfassendes Verstehen von Bedeutung ist. Das zugrundeliegende rein neoliberale Denken und Handeln, vor allem seitens der Investoren, verstellt sicherlich eine weitere wichtige Perspektive des Landgrabblings.

Dieser Sammelband vollzieht einen innerthematischen und geographischen Spagat, der einen essentiellen Anstoß zur generellen Reflexion hinsichtlich Landnutzung, Landrechten und Landverteilung darstellt. Es wäre zu wünschen, dass zukünftige Untersuchungen sowie Diskurse die Komplexität von Landgrabbing verinnerlichen und eine differenzierte und systematischere Analyse beinhalten. Die Abkehr von einem enggefassten

Verständnis von Landgrabbing hin zu seiner tatsächlichen komplexen Form scheint unabdingbar für ein umfassenderes Verständnis. Eine erste Grundlage bietet das Buch *Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive*. Personen, die einen Überblick - mit tiefgehenden Fallstudien - über dieses vielschichtige Thema anstreben, sei dieses Buch sehr zu empfehlen.

ZIMMERER, Jürgen (Hg.). 2013. Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. Frankfurt / New York: Campus. 524 S. ISBN: 978-3593398112.

rezensiert von

Eric Burton, Universität Wien

„Die koloniale Amnesie der Deutschen scheint allmählich zu schwinden“ (S. 1), konstatiert Herausgeber Jürgen Zimmerer gleich zu Beginn und legt mit diesem Sammelband über Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte ein über 500 Seiten starkes, gut lesbares und oft kurzweiliges Werk vor, in dem das Verblässen und Aufwallen von Geschichtsbewusstsein die Hauptrolle spielt. Die Publikation versteht sich dabei auch als inhaltliche wie methodische Korrektur der dreibändigen „Deutschen Erinnerungsorte“ (Hg. Étienne François und Hagen Schulze, 2001ff.), welche – ganz im Widerspruch zum Eröffnungssatz, und ein offensichtliches Ärgernis für einen Kolonialforscher wie Zimmerer – die deutschen Kolonien komplett „vergessen“ haben.

Der Band ist gegliedert in die Themenkreise „Vorstellungswelten“, „Weltpolitik“, „Institutionen“, „Akteure“ und „Denkmäler“ mit je fünf bis sieben eigenen Beiträgen, fast alle davon Originalbeiträge und viele von renommierten ForscherInnen. Dass diese aus so verschiedenen Disziplinen wie Literaturwissenschaft, Geschichte, Anthropologie, Politikwissenschaft,

Philosophie, Germanistik, Soziologie oder Filmwissenschaften stammen, ist für sich schon Beleg, dass zumindest in akademischen Kreisen und oft durch Einfluss der *Postcolonial Studies* tatsächlich ein breites Interesse an der deutschen Kolonialgeschichte besteht.

Die Themen reichen von mystifizierten Orten wie dem Urwald (Wolfgang Fuhrmann) oder der Südsee (Reinhardt Wendt) über Akteure wie „den“ Missionar (Wolfgang Reinhard) bis zum vielgescholtenen Liebling des deutschsprachigen Postkolonialismus schlechthin, dem Sarotti-Mohr (Volker Langbehn). Sanft zusammengehalten werden diese thematisch diversen Beiträge durch die konzise Einführung Zimmerers, in der er für eine Verbindung der theoretischen Figur des Erinnerungsortes (Pierre Nora) mit postkolonialen Perspektiven argumentiert.

Der Ansatz ist am fruchtbarsten in jenen Fällen, in denen die historisch belegte Vergangenheit mit späteren Debatten und Instrumentalisierungen über die theoretische Figur des Erinnerungsortes miteinander verknüpft wird – seien es Rückführungen von Schädeln nach Namibia (Holger Stoecker), die Marginalisierung der BewohnerInnen der Serengeti (Bernhard Gißibl und Johannes Paulmann über den Film „Serengeti darf nicht sterben“) oder die Frage der Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama, die gleich mehrfach behandelt wird. Auch die Biografien der Feministin *und* Kolonialautorin Frieda von Bülow (Marianne Bechhaus-Gerst), sowie jene von May Ayim (Clara Ervedosa), einer Pionierin des afrodeutschen Aktivismus, bieten eine sehr anregende Lektüre, da es beiden Texten gelingt, sowohl die Initiative als auch die strukturellen Grenzen der Handlungsspielräume dieser beiden Frauen nachvollziehbar zu machen.

Einige AutorInnen haben sich zudem über die Beschränkung auf deutsche Erinnerungsorte hinweggesetzt und transnationale Betrachtungen vorgenommen. So erfährt man durchaus etwas zu lokalen Erinnerungen an die Bagdadbahn (Malte Fuhrmann), zu „den“ Askari (Stefanie Michels) oder zur Rezeption von Leo Frobenius' in der intellektuellen Strömung der Négritude (Karl-Heinz Kohl). Da alle AutorInnen auch in die historischen Kontexte und Ereignisse einführen, eignet sich der Band weitgehend auch

für LeserInnen ohne Vorkenntnisse. Problematisch wird das an den wenigen Stellen, wo fragliche Pauschalurteile ohne jeden empirischen Beleg im Raum stehen bleiben. So behauptet Wolfgang Reinhard etwa, der Missionar sei „heute für viele Afrikaner streng genommen ein wichtigerer Erinnerungsort als für Deutsche“ (S. 283).

Die Beiträge zu Goethes „West-Östlichem Diwan“ (David Pan) und zu den Filmen „Der Tiger von Eschnapur“ und „Das indische Grabmal“ (Wolfgang Struck) sind Beispiele für die angestrenzte Anwendung von Edward Saids Orientalismus-These, ohne dass sie dabei auf Erinnerungsdebatten oder Kolonialismus großen Bezug nehmen. Andere Beiträge halten bei einer – wiewohl souveränen – Historiographie (Andreas Eckert, Berliner Afrika-Konferenz) an oder verbleiben, in Abwesenheit öffentlicher Debatten, bei einer rein geschichtswissenschaftlichen und etwas trockenen Rezeptionsschau (Paul Hoser, Krügerdepesche).

Ein eindeutiges Versäumnis besteht darin, dass Kamerun und Togo nicht mit eigenen Beiträgen berücksichtigt wurden, was der angestrebten Repräsentativität (S. 33) des Bandes nicht zuträglich ist. Eine weitere Lücke ist, dass die Erinnerungspraktiken in der DDR, die sich ja stark über ihre ablehnende Haltung zum Imperialismus und Kolonialismus definierte, ignoriert oder in wenigen Sätzen grob generalisierend abgehandelt werden. Der Band versammelt – dieser kleinen Mängel ungeachtet – eine Menge Expertise zu 32 Erinnerungsorten in Perspektiven, die von kühl-distanziert (Winfried Speitkamp, Kolonialdenkmäler) bis hin zu aktivistisch-schwungvoll reichen (Clara Ervedosa, Das May-Ayim-Ufer in Berlin). Er ist eine lesenswerte Einladung an alle Interessierten, weiter am Abbau der „kolonialen Amnesie“ zu arbeiten. Womöglich kann er auch Anregung sein, so die Hoffnung des Herausgebers, jeder der ehemaligen deutschen Kolonien einen eigenen Band zu widmen (S. 32).

HAUCK, Gerhard. 2012. Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot. 225 Seiten. ISBN 978-3-89691-900-7

rezensiert von

Clemens Pfeffer, Universität Wien

Gerhard Hauck hat sich verdient gemacht: im Bereich der afrikanischen Geschichtswissenschaft ebenso wie in der Kolonialismus- und Entwicklungsforschung und nicht zuletzt in seiner „eigentlichen“ Fachdisziplin, der Soziologie. Konsequenterweise überschreitet er die Grenzen institutionalisierter Fachrichtungen und gewinnt etablierten Themengebieten neue Facetten ab. Disziplinäres „Container-Denken“ liegt ihm fern. Transdisziplinarität umschreibt nicht – wie im heutigen Wissenschaftskontext weit verbreitet – ein vordergründiges Etikett, sondern kennzeichnet tatsächlich die Forschungspraxis des Autors. Das bezeugt auch das 2012 beim Westfälischen Dampfboot erschienene Kompendium *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz*, das elf ausgewählte Beiträge aus den letzten zehn Jahren versammelt. In ihnen werden etablierte Theorieansätze u.a. nach Gayatri Chakravorty Spivak, Stuart Hall, Mahmood Mamdani, Jürgen Habermas, Charles Taylor, Nancy Fraser, Armando Cordova, James Ferguson und Immanuel Wallerstein einer ebenso einseitig-kritischen wie zugleich erfrischend ehrfurchtslosen Prüfung und Neuinterpretation unterzogen.

Die drei zentralen Forschungsanliegen fasst Hauck in der Einleitung seines neuen Buches zusammen: (1) Die Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“ und die Essentialismuskritik, (2) die Rekonstruktion der Bedeutung des Kolonialismus für herrschende Ungleichverhältnisse und (3) die Kontextualisierung von Regionalgeschichte in weltweiten, transnationalen Zusammenhängen, dem „Weltsystem“. Seine Methodologie umschreibt er mit dem Begriff „Ideologiekritik“. Darunter versteht er nicht das Streben nach einer „absoluten und ewigen Wahrheit“, sondern vielmehr die konstruktive, „argumentative Auseinandersetzung“, in der das „bessere

Argument“ entscheide (S. 12). Hauck orientiert sich dabei am Habermas'schen Leitsatz des „eigentümlich zwanglosen Zwangs des besseren Arguments“

i. Weil das „bessere Argument“ ein immer wiederkehrendes Motiv in beinahe allen Beiträgen bildet, soll es mit Blick auf Haucks gesellschaftspolitische Vision im weiteren Verlauf ausführlicher behandelt werden. Zunächst gehe ich aber erst einmal den Spuren der genannten drei Hauptanliegen in den einzelnen Beiträgen nach.

Wider den Essentialismus

Der erste Abschnitt des Buches steht im Zeichen der Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“ und der Kritik am „Essentialismus“, wie ihn Bourdieu in den 1990er-Jahren definiert hatⁱⁱ. Einen wesentlichen Teil der Auseinandersetzung macht dabei die Beschäftigung mit dem Werk des kommunitaristischen Philosophen Charles Taylor aus. Grundlage von Taylors „Politik der Anerkennung“ (1992) ist die Annahme, dass sich Subjekte nur in Interaktion und Abgrenzung zu einem „signifikant Anderen“ definieren können. Soweit stimmt Hauck zu. Doch dort, wo KommunitaristInnen das „signifikant Andere“ mit Kultur gleichsetzen, setzt des Autors Widerspruch ein. „Von den signifikanten Anderen zur Kultur ist es ein weiter Weg.“ (S. 96) Das Subjekt sei auf ein konstitutives Aussen angewiesen; dieses in anonymen Großgruppen – in etablierten Kategorien rassialisierter Gemeinschaften – zu suchen, hält Hauck für grundsätzlich falsch. Dadurch würden lediglich „partikulare Interpretationen“ gestärkt, „vorzugsweise mutmaßlich die in den machtpolitisch und ökonomisch herrschenden Gruppierungen dominierenden. Diejenigen Gruppierungen von ‚signifikant Anderen‘, die diesen Interpretationen ganz oder teilweise widersprechen, würden in ihrer Identität durch solche Maßnahmen gerade nicht gestärkt; was sie angeht, hätte die ‚Politik der Anerkennung‘ ihr proklamiertes Ziel verfehlt.“ (S. 98) Folglich hat Hauck auch wenig für jene Ansätze aus der postkolonialen Forschung übrig, die die Aneignung oder den strategischen Einsatz von

Essentialismen als ein wichtiges Zwischenstadium im Kampf um kulturelle Anerkennung und ökonomische Gleichberechtigung verstehen. Als „nicht zu rechtfertigen“ (S. 123) erscheint dem Autor Stuart Halls (1991) prominent gemachte Differenzierung zwischen einer ersten Phase der Selbstbehauptung durch die Aneignung und positive Umdeutung dominanter Zuschreibungen (Identitätspolitik I) und einer zweiten Phase der „Politik des Lebens von Identität durch Differenz“ (Identitätspolitik II). Wenn die Identitätspolitik II „moralisch alternativlos“ sei, so Hauck, „warum dann nicht von Anfang an?“ (S. 122). Ein wenig zurückhaltender positioniert sich der Autor im selben Beitrag gegenüber Gayatri Chakravorty Spivaks „Formel“ des „strategischen Gebrauchs von Essenzialismus“, die er als „zwiegesichtig“ charakterisiert (S. 121). Doch auch hier gilt, was Hauck an früherer Stelle bereits als „Sünde wider das Realitätsprinzip“ beschrieben hatⁱⁱⁱ: Die Praxis, über Widersprüche hinwegzusehen, kann Fundamentalismen befördern – dies gilt auch dann, wenn solche Praxis aus strategischen Gründen heraus erfolgt.

Allzu harmonisierende Vorstellungen des „Lokalen“ als Gegenentwurf zum kapitalistischen „Globalen“ konstatiert Hauck in seiner Beschäftigung mit post-developmental Globalisierungsdebatten seit den späten 1990er-Jahren. Dem „harten Kern der Schule“ (Wolfgang Sachs, Majid Rahnema und Gustavo Esteva) weist er die Flucht in ein romantisierendes Bild vernakulärer Subsistenzgesellschaften nach, das nicht minder als bei den KommunitaristInnen einem kulturtheoretischen Monismus unterliege. Die Vorstellung in sich homogener, vom Kapitalismus unbeeinflusster, „natürlicher“ Gemeinschaften sei „schierer Unsinn“ (S. 83). Selbiges gelte auch für die Tendenz, Gemeinschaften schon alleine aufgrund ihrer lokalen Verankerungen als „progressiv“ einzustufen. „Die lokale kulturelle Gemeinschaft gibt es nicht. Stattdessen gibt es zahllose Arten davon: reaktionäre, revolutionäre, pragmatische und viele andere.“ (S. 90)

Auch Jürgen Habermas wird Haucks kulturtheoretischer Kritik unterzogen. Am Rande eines Beitrags zu unterschiedlichen Zugängen in der Kolonialismusforschung (man wundert sich – zugegeben – warum gerade an dieser Stelle) wird dessen Unterscheidung zwischen „mythischem“ und

„rationalem“ Denken in der *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981) diskutiert. Unter nicht-okzidentalem, „mythischem Denken“ beschreibt Habermas jene Form von „abgeschlossenem“ Denken, das keine andere Deutung kennt als jene etablierter Traditionen. Einem „mythischen“ Weltbild mangle es daher an Reflexivität und Rationalität. Hauck hält diese Zuschreibung für völlig unzulässig und entgegnet, dass „Fragen der Wahrheit, der normativen Richtigkeit und der Wahrhaftigkeit“ in keiner „nicht-westlichen Gesellschaft“ fehlen (S. 56).

Im selben Beitrag, der im Unterschied zu den anderen extra für diesen Band verfasst wurde, beschreibt Hauck den „Anti-Essentialismus“ als eines von drei Hauptmerkmalen postkolonialer Studien. Diese würden sich darüber hinaus durch ihre Kritik am Eurozentrismus und eine klar antikolonialistische Position auszeichnen. Repräsentativ für „den“ Postkolonialismus werden die zentralen Thesen Edward Saids, Gayatri Chakravorty Spivaks und Homi Bhabhas angeführt (S. 54f.). Leider gelingt es Hauck an dieser Stelle nicht, über die kanonische Trias hinaus, die Vielfalt postkolonialer Zugänge einzufangen. Dadurch bleibt ihm der Blick auf neuere Ansätze verwehrt (vgl. u.a. Chandra Talpade Mohanty, Ilan Kapoor oder Leela Gandhi^{iv}), die an den Schnittstellen zu marxistischen und dependenztheoretischen Ansätzen angesiedelt sind. Haucks kritische Beurteilung postkolonialer Zugänge fällt überraschend reduktionistisch und pauschalisierend aus (S. 78).

Deutlich vorbehaltloser greift Hauck postkoloniale Ansätze in seiner gelungenen Konzeption von „Kultur“ auf, die zugleich die Basis für seine Diskussion und Kritik essentialistischer Entwürfe im ersten Abschnitt bildet^v. Von „Kultur“ ist bei Hauck vorwiegend im Plural die Rede, denn er begreift sie nicht als ontologisch differenzierbare „Natur“ oder gar als „Essenz“ einer Gesellschaft. Kulturen sind – im Verständnis des Autors – vielmehr „hybride Gebilde“ (vgl. auch Bhabha 1994), aus dem konstitutiven Wechselspiel unterschiedlicher Zeiten und Räume erwachsen und stetem Wandel unterworfen. „Keine Kultur ist eine diskrete Einheit in dem Sinn, dass sie keine Elemente mit anderen gemein hätte, sich nicht mit anderen überschneiden oder überlappen würde. [...] Keine Kultur bleibt über die

Jahrhunderte oder Jahrtausende hinweg unverändert. Jede Gesellschaft und jede Kultur hat eine Geschichte.“ (S. 83f.)

Koloniale Vergangenheit und entwicklungspolitische Gegenwart

Der zweite Abschnitt des Buches steht im Zeichen der Kolonialismusforschung und der Weltsystemanalyse. Ausgangspunkt ist ein Überblicksartikel zu Immanuel Wallersteins *Drei Stadien der Einbeziehung Afrikas in die Weltwirtschaft* (1976), dem stärker themen- oder regionalspezifische Beiträge zur kolonialen und postkolonialen Geschichte Afrikas folgen. Wallerstein unterscheidet zwischen den Phasen eines „Informal Empire“ (von etwa 1750 bis 1900), der formellen Kolonialherrschaft (vom späten 19. Jahrhundert bis etwa 1975) und der Unabhängigkeit (nach 1975). Die ersten zwei Phasen der Expansion des kapitalistischen Weltsystems seien von extremer physischer Gewalt geprägt gewesen – anders hätte die kolonisierte Bevölkerung ihre Subsistenzproduktion nicht auf Exportwirtschaft für die kapitalistischen Industrien in der Metropole umgestellt. Die gewaltsame Enteignung, Versklavung und Vernichtung kolonisierter Völker im Zuge der Etablierung des transatlantischen „Dreieckshandels“ gäbe davon Zeugnis (S. 124). So sieht es auch Hauck, der allerdings eine Modifikation an Wallersteins Schema vorschlägt. Der „Freihandelsimperialismus“ nach dem Verbot des Sklavenhandels habe deutlich weniger an direkter physischer Gewalt erfordert als die kapitalistische Akkumulation im Zuge des transatlantischen Sklavenhandels. „Sklavenjagd und freier Handel sind [...] zwei paar Stiefel.“ (S. 125) Erst im Zuge des „Scramble for Africa“, der flächendeckenden Okkupation, stellte die direkte physische Gewalt wieder das zentrale Instrument der Kolonisierung dar. An die Stelle der „Dreistadiengliederung“ müsse also eine „Vierstadiengliederung“ treten (S. 125).

Deutlich spezifischer schildert Hauck die Transformation von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen dann im Folgebeitrag, der sich der 500-jährigen afrikanisch-europäischen Interaktionsgeschichte der Kongo-Region

annimmt. Ausgehend von vorkolonial etablierten Herrschaftsstrukturen unter der Führung des Mani-Kongo und der Mwissi-Kongo-Eliten, den kollektiven Eigentümern des Bodens in der Zentralregion, analysiert der Autor die von außen induzierte Destabilisierung politischer Verhältnisse während des rasanten Anstiegs des Sklavenhandels. Für die portugiesischen Kolonisatoren, die ganz im Sinne des *divide et impera* agierten, habe der Zerfall des Königreiches Ende des 17. Jahrhunderts die Voraussetzung gebildet, um ihren Sklavenexport zu steigern. Dieser hat 1780 seinen Höchststand erreicht – mit 40.000 Menschen pro Jahr (S. 139). Erst Mitte des 19. Jahrhunderts ging der Sklavenhandel zurück, und es folgte eine nicht minder gewaltvolle Kolonialherrschaft unter König Leopold II. von Belgien. Hauck illustriert an dieser Stelle beispielhaft die ausgeprägten Gewaltobsessionen unter Kolonialbeamten, die mit der Eintreibung von Kautschukernten betraut waren.

In beiden Artikeln zur europäischen Expansionsgeschichte legt Hauck den Schwerpunkt auf Formen und Ausprägung kolonialer Gewalt im kapitalistischen Akkumulationsprozess. In ihr erkennt er eine sich fortschreibende Bürde postkolonialer Staaten, die bis heute als „Entwicklungshemmnis“ fortwirke (S. 155). Um das koloniale Erbe geht es auch im Folgebeitrag, der sich mit Mahmood Mamdanis bekanntem Werk *Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of Colonialism* (1996) auseinandersetzt. Die Anerkennung des „Gewohnheitsrechts“ durch afrikanische Staaten beschreibt der Autor als ein Beispiel für die Fortschreibung der Tradition der britischen „indirect rule“ in postkolonialen Rechtssystemen. Diese „gemäßigte“ Form der Integration des „customary law“ trifft aber laut Mamdani nur auf einen Teil der postkolonialen Staaten zu. „Radikale“ Staaten wie Ghana, Tansania, Benin oder Mosambik hätten nach der Unabhängigkeit „traditionelle“ Autoritäten am Land durch Mitglieder der Einheitsparteien ersetzt. An den Herrschaftsstrukturen habe das wenig verändert: „Den ‚dezentralisierten Despotien‘ der gemäßigten, stehen seither die ‚zentralisierten Despotien‘ der radikalen Staaten gegenüber.“ (S. 163) Hauck, der in diesem Beitrag die Thesen Mamdanis ausführlich rezitiert, hat wenig einzuwenden. Lediglich

die Dichotomisierung von Stadt (als progressives Zentrum der Zivilgesellschaft) und Land (als Schauplatz vormoderner, traditioneller Rechtssysteme) hält er für „überzogen“ (S. 167). Beide würden sich durch „extreme Vermachtung“ auszeichnen und könnten nicht als Gegensatz begriffen werden (S. 168).

Den komplexen Strukturen postkolonialer afrikanischer Verhältnisse aus einer Weltsystemperspektive widmet sich der Autor schließlich auch in seinen beiden letzten Beiträgen. Substantialistische und ahistorische Entwicklungsdiskurse (wie u.a. der „Neopatrimonialismus“-Ansatz) werden mit der Faktizität transnationaler Abhängigkeiten und komplexer innerstaatlicher Machtstrukturen kontrastiert. Postkoloniale Herrschaft konzentrierte sich in den seltensten Fällen in einer Person, sondern werde im Kampf um Hegemonie zwischen unterschiedlichen AkteurInnen ständig neu verhandelt. Zu den herrschenden Gruppierungen zählt Hauck politische Entscheidungsträger, nicht-staatliche Autoritäten („traditionelle Herrscher“, „lokale Honoratioren“, „Parasouveräne“), führende Wirtschaftsunternehmen, „Contractors“, sowie multinationale Konzerne und Internationale Finanzinstitutionen (S. 183f.). Postkoloniale afrikanische Staaten bilden nach Hauck dabei nicht notwendiger Weise das „schwache“ Glied, sondern machen ihren Einfluss durch die Besetzung wichtiger strategischer Bereiche des Handels geltend. Sie gehen dafür eine regelrecht „symbiotische Beziehung“ mit privaten Sicherheitsunternehmen ein (S. 176). Die Bekämpfung von ökonomischen und politischen Problemen am afrikanischen Kontinent über die Stärkung der Staatsapparate zu propagieren, hält Hauck für mehr als verfehlt, denn „weder den internationalen noch den soziokulturellen Dimensionen dieser Probleme, weder den globalen noch den nationalen Ungleichheitsstrukturen [werde dabei] Rechnung“ getragen (S. 186).

Trotz der eindringlichen Schilderung von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen zeichnet Hauck in seinen Beiträgen nicht apodiktisch das Bild einer postkolonialen afrikanischen „Misere“. Das liegt u.a. daran, dass er die Rahmenbedingungen „revolutionärer Veränderungen“ zu

konzeptualisieren sucht (S. 184) und an vielerlei Stellen historische wie gegenwärtige Widerstandsformen zum Thema macht.

Vom „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“

Zurück zum Habermas'schen Leitsatz vom „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“. Für Hauck verbirgt sich hinter diesem nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Projekt, das seine Konkretisierung in seinem Essay zu Anerkennungs- und Umverteilungspolitiken in multikulturellen Gesellschaften erfährt. Im Zentrum des fünften Kapitels steht die Frage, wie unterschiedliche gesellschaftliche Werte friedvoll ausverhandelt werden können, ohne dass bestehende Herrschaftsstrukturen reproduziert werden. Die Verständigung über das „bessere Argument“ – wenn es sich denn durchsetzt – bilde dabei nur das Ziel eines „dialogischen Austausches“, in dem „fremdkulturelle“ gleichermaßen wie die eigenen moralischen Ansprüche zur Diskussion gestellt werden. Nur im argumentativen Austausch, so Hauck, könne der Prozess der kulturellen Anerkennung marginalisierter Gruppen realisiert werden. Auf die Maßstäbe der Kritik müssten sich die „streitenden Parteien“ selbst einigen. Für die Politik der Anerkennung solle deshalb derselbe Vorgang der „prozeduralen Wahrheitsfindung“ (nach Habermas 1971) gelten, wie für die Praxis der Wissenschaft. Voraussetzung sei allerdings, dass sich unterschiedliche AkteurInnen im „dialogischen Austausch“ als „ebenbürtige“ Gesellschaftsmitglieder begegnen können (S. 109).

Welche Voraussetzungen vorab für eine „ebenbürtige“ Begegnung unterschiedlich positionierter Gruppen erfüllt werden müssten, thematisiert Hauck nur am Rande. „Im Minimum“, so schreibt er am Ende seines Beitrags, müsse „die Versorgung aller Gesellschaftsmitglieder mit den Primärgütern in den Bereichen von Überlebenssicherung und Anerkennung“ sichergestellt werden (S. 110). Aber ermächtigt die Grundversorgung bereits zur gleichberechtigten Teilnahme am „dialogischen Austausch“? Ist sie Voraussetzung genug, um

„außerargumentative Zwänge“ und „Herrschaftseinflüsse“ aus dem Dialog zu verbannen (S. 106)? Auf den Einwand Michael Korbmakers, dass die Bildung in Klassengesellschaften zentralen Einfluss auf die „Argumentationsfähigkeit“ nehme, hat Hauck leider eine wenig befriedigende Antwort parat: „Aber wenn dem so ist, dann muss es eben geändert werden – die Norm der gleichberechtigten Teilhabe steht auch im Widerspruch zu Klassenverhältnissen“ (S. 106). Schade nur, dass an keiner anderen Stelle in diesem Abschnitt Klassenverhältnisse explizit benannt, geschweige denn im Vorschlag für die Grundversorgung aller mit Primärgütern berücksichtigt werden. Auch hätten die durchaus positiv rezipierten Thesen Nancy Frasers^{vi} den Blick für relevante Fragen herrschaftlich organisierter Diskurs- und Repräsentationsverhältnisse im Dialog öffnen können (S. 105). Ein kleiner Wehrmutstropfen am Rande der sonst so vielschichtigen Zusammenführung.

Abschließend bleibt nur noch festzuhalten, dass, obwohl das Buch ganz unterschiedliche thematische und theoretische Schwerpunkte setzt und damit zur selektiven Lektüre einlädt, es sich doch empfiehlt, der wohl überlegten Auswahl Folge zu leisten. Denn im Dickicht der schier unglaublichen Themenbreite erschließt sich die Sicht auf etwas Größeres – den Werdegang eines kritischen Intellektuellen, der auf der steten Suche nach „besseren Argumenten“ niemals die tiefgehende Auseinandersetzung mit „disziplinfremden“ Betrachtungen scheut. Der Sammelband illustriert damit auch die Geschichte erfolgreich gelebter Transdisziplinarität in der kritischen Wissenschaft.

ⁱ Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: ders./Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 131.

ⁱⁱ Bourdieu, Pierre (1994): Raisons pratiques. Sur la théorie de l'action. Paris: Seuil.

ⁱⁱⁱ Hauck, Gerhard (2006): Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 18.

-
- ^{iv} Ghandi, Leela (2006): *Postcolonial Theory: A Critical Introduction*. New York: Columbia University Press; Mohanty, Chandra Talpade (2003): *Feminism Without Borders: Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*. Durham und London: Duke University Press; Kapoor, Ilan (2008): *The Postcolonial Politics of Development*. New York: Routledge.
- ^v Hauck, Gerhard (2006): *Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- ^{vi} Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

COOPER, Frederick. 2014. *Africa in the World: Capitalism, Empire, Nation-State*. Cambridge/Mass., London: Harvard University Press. Xii+130 Seiten. ISBN 978-0-674-28139-4

rezensiert von

Arno Sonderegger, Universität Wien

Im Februar 2012 hielt Frederick Cooper drei Vorträge in Serie am W.E.B. Du Bois Institute der Harvard Universität. Deren Überarbeitungen bilden den Kern des nun publizierten Buches, das nach Afrikas Rolle in der Welt fragt. Die Elemente des Untertitels übersetzen sich diesbezüglich programmatisch in die Überschriften der drei nummerierten Kapitel: „1. *Africa and Capitalism*“ (S. 11-37); „2. *Africa and Empire*“ (S. 38-65); „3. *Africa and the Nation-State*“ (S. 66-89). Ein Vorwort (S. ix-xii) und eine Einleitung (S. 1-10), die in selbstreflexiver Weise autobiographische Betrachtungen über die Entwicklungen im Feld der afrikani(sti)schen Historiographie anstellen, sowie eine abschließende Betrachtung zu „*Africa in the World, Past, Present, Future*“ (S. 90-101) geben dem Buch seine spezifische Rahmung. Cooper beehrt sich von vorneherein festzustellen, dass die Frage nach Afrikas Rolle in der Welt nicht einfach beantwortet werden könne, und schon gar nicht im Alleingang (S. xii). Deshalb betont er ausdrücklich folgendes: „These are reflective essays, not a comprehensive analysis of Africa’s place in the world. They are intended to increase the reader’s thirst rather than to satisfy

it.“ (S. ix) In beiden Hinsichten erfüllt das Buch seinen Anspruch. Nicht in jeder Hinsicht befriedigt es die geweckten Erwartungen, aber anregend und herausfordernd bleibt es durch die Bank.

Cooper erinnert mit Nachdruck daran, dass die Wörter, Begriffe und Kategorien, durch die wir uns Afrika – und die Welt überhaupt – begreiflich zu machen versuchen, nur Krücken der Erkenntnis sind, und zudem andauerndem Wandel unterworfen. Daraus folgt zwingend die Forderung nach der Historisierung des Blicks: Da wir uns weder einen unvermittelten Eindruck verschaffen noch einen Standpunkt außerhalb eines spezifischen raumzeitlichen Verhältnisses einnehmen können, muss die historische Perspektivierung den Ausgangspunkt für jede weitere Überlegung bilden. An einer Stelle führt Cooper beispielhaft „»Afrika« – oder »Senegal« oder »Ghana«“ als derartige „Kategorien [an], die in der menschlichen Vorstellung nur aufgrund der Geschichte existieren, einer besonderen Geschichte von Verbindungen, die sich über weite Räume erstreckten.“ (S. 90, Übersetzung A.S.) Das ist ein zentrales Argument für genuin historisches Denken und Forschen, und ein schlagendes Argument sowohl gegen evolutionistische Deutungen als auch gegen den methodologischen Nationalismus, der viele in den Sozialwissenschaften gängige Vergleiche dominiert und zwangsläufig in die Irre führt. Cooper selbst drückt das nicht in dieser Weise aus, nennt also weder Evolutionismus noch methodologischen Nationalismus bei diesen Namen, ⁱ an ihrer Zurückweisung bleibt freilich dennoch kein Zweifel, wenn er über die Geschichte Afrikas und seine Verflechtungen mit anderen Weltteilen folgendes schreibt: „*It is not a history of particular regions following their unique vocations nor is it a history of interaction of political units equivalent to each other in form, military or economic power, or self-conception.*“ (S. 90, Hervorhebung A.S.) Vielmehr gilt: Die afrikanische Gegenwart und „*Africa's economic present is a co-creation, emerging out of long-term interactions among nonequivalent political and economic structures.*“ (S. 91, Hervorhebung A.S.) Die gemeinsame Geschichte, auf die hier referiert wird, ist eine komplexe Geschichte des transkontinentalen Verkehrs von Ideen, Gütern und Menschen, keine Einbahnstraße, sondern wechselseitiger

Beeinflussungen, sie spielt sich aber nicht außerhalb von Machtverhältnissen ab: „People from the African continent were both victims of the slave trade and colonial economies and actors in them, *but participation was not symmetrical in structure or effects.*“ (S. 90, Hervorhebung A.S.) Zu derartigen ungleichen bzw. für Ungleichheit sorgenden Strukturen zählen die in Coopers Buch im Detail diskutierten historischen Phänomene: Kapitalismus, *Empire* und der Nationalstaat.

Das erste Kapitel, *Africa and Capitalism*, führt zu demselben Schluss: „Africa and Europe shaped each other, but not through symmetrical processes. The world today does not consist of equivalent nation-states any more than the »world market« consists of equivalent actors. To see an Africa, Asia, or Europe whose economic »performance« can be compared with each other obscures both the historical mechanisms through which such entities were imagined and constituted and the nature of international connections today. Unequal struggle is the reality faced today as well as in the past.“ (S. 36) Diese Schlussfolgerung steht am Ende einer Diskussion von „Afrikas Ort in der Entwicklung der Weltwirtschaft“ (S. 11), für welche die globalgeschichtliche Debatte um die *Great Divergence* den Ausgangspunkt bildet. Sie mündet aber schnell in eine interaktionsgeschichtliche Darstellung. Dabei ist Coopers Ausgangsprämisse die folgende: „Much of what Africa is up against today – not least the denigrating terms in which its future is debated – is not a consequence of »failure« so much as of the partial success of a large number of its people in responding to – or staving off – efforts at economic domination, *from within and abroad.*“ (S. 14; Hervorhebung A.S.) Die Herausbildung staatlicher Strukturen, aber auch neuer sozialer Schichten und Verbände wie der jüdischen „Neu-Christen“, lusoafrikanischer und kreolischer Gemeinschaften, wird sodann in solcher Rahmung ebenso angesprochen wie die Geschichte des Sklavenhandels und der Sklaverei. Der überwiegende Teil des Kapitels thematisiert jedoch die Ära der europäischen Kolonialherrschaft und fokussiert dabei besonders auf den Komplex „Arbeit“. Das Thema „Entwicklung“ schließlich fungiert als Übergang zur Interpretation der postkolonialen Jahre, die Cooper im Rahmen seines Konzepts der „gate keeper states“ betrachtet.ⁱⁱ

Auch der Startpunkt des zweiten Kapitels, *Africa and Empire*, ist ein globalgeschichtlicher.ⁱⁱⁱ „The concept of empire is useful in African history“, schreibt Cooper, „not just to remake Du Bois`s point that Africans could create empires too, but to explore the variations on the empire form that one finds around the world [...]“ (S. 41) Es folgt eine skizzenhafte Darstellung der alten westsudanischen Reiche von Ghana, Mali und Songhay, sowie neuerer Reichsentwicklungen im 18. und besonders im 19. Jahrhundert (Asante; Sokoto, Massina, die Reiche von al-Hajj Umar Tall und Samori Ture; Zulu; Äthiopien). Den europäischen Wettlauf um Afrika am Ende des 19. Jahrhunderts sieht Cooper nicht einfach als Bruch mit vorangegangenen Reichsgeschichten, sondern er betont ihre Verwobenheit. „One can best understand the scramble for Africa as preemptive colonization by competing empires, each trying to prevent others from controlling access to tropical raw materials and markets that had been managed via trade relations with Africans along the coasts for many years. [...] The combination of four or five rival European powers seeking connections with African territories that were themselves divided into rival empires, kingdoms, and small-scale polities produced a volatile situation.“ (S. 53) Ein Faktor, der für die „unberechenbare“ koloniale Situation kennzeichnend war und als eine Kategorie genutzt wurde, um sie einsichtig zu machen, war die Idee von „Rasse“ und Rassismus. Diese Kategorie, vor allem aber der Kampf gegen rassi(sti)sche Diskriminierung waren die Elemente, um die sich kolonialkritische afrikanische Akteure und Denker in den folgenden Jahrzehnten scharten und ihren Widerstand gegen die koloniale Herrschaft organisierten. Coopers Darstellung zieht hier eine Linie von W.E.B. Du Bois über J.E. Casely Hayford zu Kwame Nkrumah, Léopold Sédar Senghor und Frantz Fanon.

Den entscheidenden Bruch in der neueren politischen Geschichte Afrikas sieht Cooper also weniger in den europäischen Kolonialreichsbildungen in Afrika, als vielmehr in der Implementierung der Nationalstaatsidee auf afrikanischem Boden, zu der es in der Nachkriegsära nach 1945 gekommen ist. Sein drittes Kapitel, *Africa and the Nation-State*, löst die einleitend ausgesprochene Hoffnung darauf in konzentrierter Weise ein, die

Erfahrungsräume, Denkweisen und Handlungsmöglichkeiten damals agierender Akteure lebendig werden zu lassen: „I hope to recapture the range of political imagination of the 1940s and 1950s.“ (S. 8) Coopers Fokus liegt in diesem Kapitel „[...] on a particular set of African political actors in a particular context: French West Africa between 1945 and 1960.“ (S. 66) Die Denkräume, in denen die damaligen afrikanischen Akteure operierten, können vereinfachend vielleicht entlang von drei Konfliktachsen organisiert werden: (a) die Auseinandersetzungen über die bevorzugte Art der Beziehung zu Frankreich, sowie über ihre Realisierbarkeit; (b) die Debatten um alternative politische Strukturen: Aufrechterhaltung der kolonialen Grenzen im Kleinen (die heutigen Staatengrenzen) oder im Großen (AOF, AEF), Neuformierung von Regionalbündnissen bzw. Föderationen im Rahmen des frankophonen Afrika (oder darüber hinaus); (c) die Fragen danach, ob sozialistische oder kapitalistische Entwicklungsrouten eingeschlagen werden sollen, bzw. ob andere „Wege“ beschritten werden können und sollen.

Aus einer stark auf Senegal fokussierenden Perspektive eröffnet Cooper in diesem Abschnitt interessante Einblicke in damalige Diskussionszusammenhänge; erschöpfend behandelt werden sie freilich nicht.^{iv} Nun war das angesichts des erklärten Ziels dieser Publikation, und angesichts des Vortragscharakters der Textgrundlage, auch nicht rechtens zu erwarten. An den versprochenen Anregungen mangelt es dem Buch hingegen nicht. Ganz im Gegenteil: Coopers Streifzug durch mehrere Jahrhunderte afrikanischer Interaktionsgeschichte nimmt einen mit auf eine intellektuelle Abenteuerreise. Immer wieder gelangen ihm am Weg originelle und verdienstvolle Einsichten, die er pointiert zu formulieren versteht. Gegen Ende seiner Konklusion stellt er beispielsweise die folgende Überlegung an: „African states do not make history as they might wish. They exist in the world. [...] France has not disappeared from the West African scene, but the structure of relationships changed. Decolonization took those relationships out of the relatively open institutions – legislatures and councils – in which leaders from both sides had participated since 1946, however unequally, and put them into two categories: formal, diplomatic

relations between states and back-office relationships. [...] We see here the transition from a structure of layered politics that combined horizontal and vertical elements – in which inequality was frankly admitted and made into an explicit object of reform – to one that was formally that of equivalent nation-states, but whose reality was highly skewed [...].“ (S. 99f.)

Dass es sich bei der herrschenden „Asymmetrie in den Beziehungen zwischen afrikanischen Territorien und den wohlhabenden Ländern Europas und Nordamerikas (und jetzt kann man auch Ostasien hinzufügen)“ (S. 100, Übersetzung A.S.) um historisch gewachsene Verhältnisse handelt, und dass dies immense Auswirkungen auf die Handlungsspielräume und Deutungshorizonte in der Gegenwart hat, lässt sich nicht negieren. Umso auffälliger – und problematischer – ist die Tendenz zahlreicher Arbeiten zu Afrika, die historische Dimension systematisch auszublenden und stattdessen mit unangemessenen Kategorien und Modellvorstellungen an die Sache heranzugehen: Dies gilt definitiv für gängige sozialwissenschaftliche Ansätze zum Nationalstaat und zum Kapitalismus; aber auch die Forschung zu Reichen ist alles andere als frei von eurozentrischen Vorannahmen. Kategorienfehler und eurozentrische Universalvorstellungen sind leider an der Tagesordnung und liegen vielen irreführenden Darstellungen der afrikanischen Gegenwart und Geschichte zugrunde. Coopers Buch erscheint mir auch deshalb wertvoll, weil er seinen Finger auf umstrittene Punkte legt und diese kenntnisreich und kritisch diskutiert. Darüber hinaus bleibt er nicht in der Pose stecken, andere Erkenntniskategorien oder alternative Beschreibungsmodelle nur zu postulieren, sondern er liefert solche Alternativen und nutzt sie erfolgreich, um konkrete historische Prozesse und Zusammenhänge plausibel zu deuten und nach bestem Wissen und Gewissen darzustellen. Die Lektüre von *Africa in the World* lohnt auf jeden Fall.

ⁱ In methodologischer Hinsicht argumentiert er seine Position dezidiert in einer früher erschienenen Essaysammlung: Cooper, Frederick (2005): *Colonialism in Question: Theory, Knowledge, History*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.

-
- ⁱⁱ Dieses Konzept wurde eingeführt in: Cooper, Frederick (2002): *Africa Since 1940: The Past of the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ⁱⁱⁱ Breit und in Langzeitperspektive angelegt ist die Reichsgeschichte, die Cooper gemeinsam mit seiner Ehefrau veröffentlicht hat: Burbank, Jane/ Cooper, Frederick (2010): *Empires in World History: Power and the Politics of Difference*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- ^{iv} Eine ausführlichere und vertiefte Behandlung findet sich in Coopers zweiter Buchpublikation dieses Jahres: Cooper, Frederick (2014): *Citizenship between Empire and Nation: Remaking France and French Africa, 1945-1960*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.